

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 5 (1925-1926)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Nachdentliches zu den Nationalratswahlen. — Französische Schulen in Bern.

Parteileitungen, Vorstände, Wahlkomitees überbieten sich mit ihren Vorbereitungsarbeiten für die Erneuerungswahlen des Nationalrates. Man könnte meinen, es gelte das Vaterland zu retten. Bei näherem Zusehen zeigt sich aber lediglich folgendes: die Berufenen jeder Partei knobeln unter sich aus, wer dem „Volke“ am 25. Oktober zur Wahl vorgeschlagen werden soll. Es gibt aber nach dieser Wahlart gar kein „Volk“. Die Leitungen der Parteien wenden sich an Parteimitglieder. Der einzelne Bürger kann nicht als Angehöriger eines Volkes wählen, mit dessen sämtlichen Gliedern er sich schicksalhaft verbunden fühlt, sondern lediglich als Angehöriger einer Partei. Er wählt Liste 1, 2, 3 oder 4. Wer auf diese Liste zu stehen kommt, entscheidet im wesentlichen die Parteileitung. Der Parteibürger bestätigt eigentlich nur noch formell diese Entscheidung. Für den Parteivorstand ist bei der Wahl der Listenkandidaten maßgebend, einmal, daß nur Mitglieder zur Wahl gelangen, die sich nachher an die Parole der Parteileitung halten, und ferner, daß alle Schichten, die zur Partei schwören, mit einer entsprechenden Anzahl Kandidaten vertreten sind, damit nicht etwa diese oder jene Schicht zu einer andern Partei, die ihr eine bessere Vertretung zu gewähren verspricht, abschwenkt.

Wirft man einen Blick auf die Programme, unter denen die Parteien in den Wahlkampf ziehen, so sucht man vergebens nach allgemein staatspolitischen Programmpunkten, aus denen der Wille spräche, unser Staatswesen als etwas Lebendiges, in stetem Fluß Befindliches und der Anpassung an veränderte Verhältnisse Bedürftiges aufzufassen. Wenigstens ist bei den sog. bürgerlichen Parteien alles auf starre Beharrung gerichtet. Selbst die ganze Schmuserei mit dem Völkerbund, die man als die große *Neuerung* in der Außenpolitik der Schweiz ausgibt, dient — wie wir in unserer letzten Umschau ausführten — nur diesem Zweck. Ein beliebtes Paradestück ist die Sozialpolitik. Nach der jeweiligen Aufmachung unserer Bundesfeiern könnte man glauben, unser Staatsleben erschöpfe sich in humanitärer Wohltätigkeit. Zu wirtschaftspolitischen Fragen wird fast ausschließlich unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der Parteiangehörigen Stellung bezogen.

Bei derjenigen Partei, die sich noch immer gerne eine revolutionäre nennt, der sozialdemokratischen, stehen Fragen der Arbeitszeit und der Lohnhöhe im Vordergrund. In dem Jahrzehnt vor Ausbruch des Weltkrieges ist ein Teil unserer Jugend und Intelligenz dieser Partei zugeströmt. Von ihr wurde Wille und Fähigkeit zur allmählich notwendig werdenden Staatserneuerung erwartet. In wesentlichen Zügen war sie aber nur ein schlechter Abklatsch des von ihr mit so viel Haß bekämpften „Bürgertums“. Eine positive Wirkung auf unser Staatsleben blieb ihr versagt. Sie wirkte vielmehr vorwiegend zersetzend, indem sie mit ihren unreifen Revolutionierungsabsichten die bürgerlichen Parteien zu einer an sich immer unfruchtbaren und jedem schöpferischen Neugestalten feindlichen Abwehr zwang. Zu schöpferischen Leistungen auf staatlichem Gebiete hat sich die Sozialdemokratie nirgends, auch da, wo sie vorübergehend zur Macht gelangte, fähig erwiesen. Mit Ausnahme von Rußland vielleicht, wo aber die Revolution eher trotz sozialdemokratischer Ideologien gelang und vorwiegend wegen derselben so ungeheuer blutig und umwegig ist, daß sie kaum einem andern Volk als vorbildlich dienen möchte. Heute wendet sich Jugend und Zukunftsglauben auch von der Sozialdemokratie ab. Der Berner Schriftsteller Alfred Fankhauser, selbst Mitglied dieser Partei, läßt in einer seiner jüngsten Novellen („Der sonderbare Verschwörer“, Bd. III der „Schweizer Bibliothek“) den Helden der Erzählung sich mit folgenden Worten von der

Partei abwenden: „Ich kann Ihrer Partei nicht länger mehr angehören. Diese Sammlung von gesättigten Sekretären, die keine andere Sehnsucht kennt, als einen festen Staatsposten zu ergattern, scheint mir reif und fähig, die Regierung dieses Staates zu übernehmen und mit den alten Methoden getreulich alles zu töten, was revolutionär, umwälzend, neuschaffend auftritt. Die Idee des ewigen Friedens, wie man sie in den Reihen dieser Partei verkündet, ist nichts anderes als die Idee der Verteidigung jeder gesicherten Form; es ist eine andere Form des Versuches zur Verewigung des Zeitlichen.“ — Die sozialdemokratische Partei ist längst eine „bürgerliche“ Partei geworden. In Deutschland beispielsweise ist sie ja heute die treueste Stütze des bürgerlich-kapitalistischen Parlamentarismus. Der Abstand zwischen dem, was sie wirklich tut und dem, was sie schwätzt von Gemeinschaftserneuerung u. s. w., ist so groß, daß sie noch bis heute nicht die Fähigkeit aufgebracht hat, einfach und schlicht den kleinsten Beitrag zu staatlichem Neubau zu leisten. Manche ihrer Ideen über künftige wirtschaftliche Formen werden einmal in Wirklichkeit umgesetzt werden. Viel von dem zum künftigen Staatsneubau notwendigen aktiven Willen wird sich vielleicht aus den Kreisen ihrer Angehörigen rekrutieren. Aber der Staatsneubau selbst wird nicht ihr Werk sein. Dazu sind ihre geistigen Grundlagen zu verfehlt.

Wir haben gesagt, daß es bei der heutigen Wahlart gar nicht das „Volk“ ist, das seine Vertreter wählt, ja daß der Einzelne gar nicht einmal mehr als Angehöriger seines Volkes wählen kann, sondern nur noch als Parteiangehöriger. Aber auch die Partei kann bei ihrer Tätigkeit je länger je weniger das Volksganze im Auge haben. Die Parteitätigkeit wird mehr und mehr zu einem Kampf, nicht um Ideen, sondern um die Zahl. Unser Parlament weist in jüngster Zeit nicht mehr bloß zwei hauptsächliche Parteien auf, von denen die eine stets einer Mehrzahl gewiß ist. Vier größere Parteien, von denen keine das absolute Mehr besitzt, ringen heute um Macht und Einfluß, entweder um deren Erhaltung oder um deren Mehrung. Bei jeder Entscheidung im Parlament ist die erste Frage die, was nützt oder schadet der Partei diese oder jene Stellungnahme. Müßte die Partei von einer bestimmten Stellungnahme einen Verlust an Mitgliedern befürchten, so entscheidet sie für die gegenteilige Haltung, auch wenn sie weiß, daß sie sich damit gegen das Volksganze, gegen den Staat vergeht. Denken wir an das „finis Helvetiae“ des freisinnigen Parteipräsidenten vom Jahre 1920: das Ende der schweizerischen Unabhängigkeit müsse um der Unversehrtheit der Partei willen in Kauf genommen werden.

Dazu kommt, daß bei den jüngsten Parteibildungen fast ausschließlich beruflich-wirtschaftliche Interessen bestimmend waren. Das zwingt auch die alten Parteien, sich vorwiegend als Vertretung wirtschaftlicher Interessengruppen zu organisieren. Die Folge davon ist, daß das Volksganze und seine Lebensform, der Staat, auch aus diesem Grund mehr und mehr als Richtlinie der Parteitätigkeit verschwindet. Das Gruppeninteresse wird zum treibenden Faktor der Partei.

Und schließlich ist eine Folge der Listenwahl auch die, daß nicht mehr die Persönlichkeit zählt, sondern die Anzahl. Ohne den hohen Herren Volksvertretern im einzelnen irgendwie zu nahe treten zu wollen: unser heutiges Parlament ist vorwiegend eine Versammlung von Nummern, nicht aber von Persönlichkeiten. Der einzelne Volksvertreter kommt nach Bern als Vertreter eines Partei- oder Gruppeninteresses, meist mit vorgeschriebener Marschroute. Er könnte sein Mandat eigentlich auch von zu Hause aus ausüben, schriftlich oder indem er durch einen Dienstmann als seinen Stellvertreter seine Stimme abgeben läßt. Gewiß, man soll das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und der öffentlichen Verhandlung und Aussprache im Parlament deswegen Wert und Berechtigung absprechen, weil das meiste, was dabei geredet wird, zum Fenster hinaus geredet wird, und die Entscheidungen ja so gut wie immer schon vorher hinter den Kulissen im kleinen Parteizirkel getroffen werden. Es

geht nun einmal im öffentlichen Leben ohne Reden nicht ab und das sich Aussprechen können kann für Regierung und Volksvertretung klärend und auf innere Gegensätze und Gegnerschaften entspannend wirken. In diesem Sinne kann kein moderner Staat des Parlamentes entbehren. Man erinnere sich, wie Mussolini auch in seinem Versuch eines zeitgemäßen Staatsneubaus dem — allerdings heilsam beschnittenen — Parlament seinen Platz zuweist. Zu einer sinnlosen Zeitvergeudung und Kräfteverschwendung wird allerdings die Parlamentsdebatte, wenn sie von einer immer größer werdenden Zahl von Parteien bestritten wird, von denen keine über eine absolute Mehrheit verfügt und deren Vertreter immer weniger als selbständige Persönlichkeiten mit dem Überblick über das Staatsganze und immer mehr nur als Klappermaschinen des Partei- und Gruppenegoismus auftreten.

Man geht in der Annahme sicher kaum fehl, daß die vielen verwerfenden Volksabstimmungen der letzten Jahre u. a. auch auf einen Mangel an Vertrauen in unser Parlament beim Volk zurückzuführen sind. Unser heutiges Parlament steht beim Volk nicht in hohem Ansehen. Die dem Volk unterbreiteten Vorlagen tragen oft allzusehr den Charakter mühsamer Kompromisse, der nicht in der Natur der Sache selbst begründet, sondern lediglich den Parteiegoismen und den dadurch bedingten Ruhhändeln zu verdanken ist. Wenn aber der Einzelne als Angehöriger seines Volkes und als Staatsbürger, und nicht bloß als Parteimitglied empfindet — und das tut er bei Volksabstimmungen viel leichter —, dann ist sein Blick für das der Gesamtheit Zweckdienliche freier und unbefangener und seine Einstellung gegenüber Halbheiten kritischer.

Die andere Seite der „Krise unseres Parlamentarismus“ ist die umstrittene Haltung der Staatsspitze, des Bundesrates. „In Bern machen sie nachgerade, was sie wollen.“ Das ungefähr ist die Klage, die man aus den verschiedenen Landesteilen und den verschiedensten Volks- und Berufsschichten vernehmen kann. Wir haben in Bezug auf außenpolitische Gegenstände schon zur Genüge Anlaß gefunden, in diese Klage einzustimmen. — Wo gewisse Zustände als mangelhaft und unbefriedigend empfunden werden, wird man aber gut tun, die Ursachen dafür nicht in erster Linie in einzelnen Personen, in der gerade zufälligen Besetzung der betreffenden Ämter zu sehen, als vielmehr in den Mängeln einer nicht mehr den Verhältnissen entsprechenden Ordnung. Eine starke, verantwortungsfreudige Regierung, die mit fester Hand die Geschicke des Landes leitet, hat sicher noch keinem Volk zum Schaden gereicht; sie wird aber auch nie in dem Maße Gegenstand der Kritik sein, wie es unsere oberste Landesbehörde heute ist. Der Vorwurf richtet sich also gegen diese sicherlich nicht wegen der Entschlossenheit ihres Regiments, sondern wegen dessen Eigenmächtigkeit.

Der Bundesrat ist zufolge seiner Herkunft — er wird von der Bundesversammlung gewählt — wie gemäß Verfassung, der Bundesversammlung, d. h. der Vertretung des Volkes verantwortlich. Trifft er nun Entschiede, ohne dafür von der Bundesversammlung bevollmächtigt zu sein, oder ohne dieser in genügender Weise für solche Rechenschaft abzulegen, dann regiert er eigenmächtig. So müssen beispielsweise die Verhandlungen vom April-Mai 1919 über Art. 435 des Versailler Vertrages u. s. w., die den in der Verfassung verankerten Grundsatz unserer Neutralität in Mitleidenschaft zogen, und von deren Vorhandensein die Bundesversammlung erst nach ihrem Abschluß durch die Veröffentlichung des Versailler Vertrages erfuhr, durchaus als eigenmächtig bezeichnet werden. Diesem Beispiel lassen sich andere auch auf anderen Gebieten anreihen. Die geplante parlamentarische Kommission für auswärtige Angelegenheiten soll bekanntlich dazu helfen, für das Gebiet der Außenpolitik wieder einen verfassungsmäßigen Zustand herzustellen.

An dieser Stelle ist immer für eine solche Kommission eingetreten worden. Wir müssen aber offen gestehen, je tiefer wir in unser Partei- und Parlamentsgetriebe Einblick gewinnen, desto mehr schwindet uns der Glaube,

daß das verfassungsmäßige Funktionieren der Staatsspitze wieder auf dem Wege über die Volksvertretung erreicht werden kann. Entspringt nicht vielleicht das eigenmächtige Vorgehen des Bundesrates in manchen Fragen (diejenige des Art. 435 schließen wir allerdings davon aus) einer Notlage — weil sich mit dieser Volksvertretung überhaupt nicht vernünftig regieren läßt? Wie sollen in einem Parlament, in dem sich mehr und mehr nur Gruppeninteressen und Berufsegoismus, oder bei außenpolitischen Fragen Landes- teile zum Wort melden, vernünftige Entscheidungen für das Volksganze, für die Gesamtheit und den Staat zustande kommen können? Je mehr die wirtschaftliche Durchorganisation des Volkes fortschreitet, desto mehr bedarf das Land einer starken Staatsspitze, die im Stande ist, auch der stärksten wirtschaftlichen Organisation Trost zu bieten und die wirtschaftlich Schwächeren zu schützen. Es bedarf dieser starken, unabhängigen Spitze aber auch, um die allgemeinen Staatsinteressen zu schützen gegenüber manchen, wirtschaftlich eng mit dem Ausland verflochtenen und deshalb diesem gegenüber zu jeder Rücksicht neigenden Gruppen. Eine derartige nach innen und außen starke Regierung muß aber natürlich erst recht irgendwem verfassungsmäßig verantwortlich sein. Daß sie das gegenüber dem immer weniger allgemein staatlich und immer mehr nur wirtschaftlich denkenden Parlament sein könne — das gar nicht mehr als Ausdruck des staatlichen und politischen Willens des Volkes gelten kann —, wird immer unwahrscheinlicher. Das Naheliegendste ist daher, die Staatsspitze dem Volke unmittelbar, nicht mehr wie bisher seiner Vertretung, verantwortlich zu machen: die Wahl des Bundespräsidenten oder des ganzen Bundesrates durch das Volk. So wird die Verbindung zwischen Leitung und Volkswille, die heute durch die Volksvertretung nur noch ungenügend gewahrt wird, wieder hergestellt. In der Wahl seiner obersten Leitung entscheidet der Einzelne dann auch wieder als Staats-, und nicht mehr bloß als Parteibürger.

Damit ist es allerdings nicht getan. Kein Staat kann allein auf Grund eines unorganisierten Volkswillens und eines halben Duzends gewählter Staatsleiter existieren. Der Staatsleiter bedarf einer langen vorbereitenden politischen Schule, die bisher die Partei abgab. Der Volkswille als politischer Wille bedarf der Organe, in denen er sich seiner selbst erst bewußt werden und Gestaltung finden kann. Leisten die heutigen Parteien diese Aufgabe nicht mehr, indem sie teils freiwillig, teils gezwungen durch die andern, zu reinen Wirtschaftsinteressenvertretungen werden, dann ist die Bildung der politischen, der reinen Staatspartei unvermeidlich. Wir sehen derartige Parteibildungen, die in der Form streng geschlossener, fast ordensmäßiger Organisationen im bisherigen Staat aufwachsen, um sich eines Tages der Staatsgewalt zu bemächtigen und den Staat in sich aufgehen zu lassen, in ihren Anfängen in Deutschland (die nationalen Verbände), oder fortgeschrittener in Italien (die faschistische Partei), oder in verzerrter Form in Rußland (die kommunistische Partei). Damit ist nicht gesagt, daß bei uns unbedingt eine ähnliche Entwicklung kommen müsse. Tatsache ist nur, daß unsere heutige Ordnung anfängt, nicht mehr zu genügen. Und Tatsache ist, daß keine der bestehenden Parteien diesem Umstand Rechnung trägt und irgendwelchen staatspolitischen Willen verrät (was die sozialdemokratische, sofern sie nicht eine rein bürgerliche, auf Besitz und dessen Sicherheit gerichtete Partei ist, verrät, ist höchstens ein Wille zum Niederreißen des Bestehenden ohne einen entsprechenden Willen zum Aufbau und der Fähigkeit dazu). Und Tatsache ist ferner, daß ein Geschlecht vor dem Eintritt ins öffentliche Leben steht, das sich angewidert von dem abwendet, was man heute als Politik bezeichnet, und das nach Aufgaben dürstet, für die es sich mit ganzer Persönlichkeit und mit voller eigener Verantwortlichkeit, nicht bloß als Nummer und Beauftragter unkontrollierbarer Mächte einsetzen kann.

* * *

Vor einigen Wochen ist eine Meldung durch die Zeitungen gegangen, wonach das welschschweizerische Zentralkomitee in Bern im Namen von 20 bundes-

städtischen Welschschweizervereinen dem Bundesrat ein Begehren nach Errichtung französischer Schulklassen für die aus der welschen Schweiz stammenden Bundesangestellten eingereicht hat. Das Echo, das diese Meldung in der Öffentlichkeit der deutschen Schweiz fand, war nicht gerade freundlich. Es wurde als eine ziemliche Unverfrorenheit empfunden, daß in dem Augenblick staatliche Hilfe für die Errichtung einer Sprachminderheitschule auf deutschem Sprachboden gefordert wurde, in dem die einzig bisher staatlich unterstützten Sprachminderheitsschulen, die deutschen Eisenbahnerschulen im Tessin, die bei der Verstaatlichung der Gotthardbahn von der Privatgesellschaft an den Bund übergegangen waren, aufgehoben wurden. Das betreffende welsche Initiativkomitee suchte dann den Sinn seines Schrittes abzuschwächen, indem es darauf aufmerksam machte, daß es vom Bund nicht die Errichtung der Schulen selbst, sondern nur deren Unterstützung verlangt habe. Das kommt aber praktisch aufs gleiche hinaus. Es wird damit ein Grundsatz, der zwar nicht ausdrücklich in der Verfassung aufgeführt, aber als ungeschriebenes Gesetz im Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten in unserem Staate Geltung hat, umgestoßen, der Grundsatz der Territorialität. Bisher nahm, wer auf fremden Sprachboden übersiedelte, die Sprache seines neuen Wohnortes an, indem ihm und seinen Kindern nur eine Schule in der Sprache des betreffenden Sprachbodens zur Verfügung stand. Auf diese Weise sind die Zehntausende von Deutschschweizern, die sich im Laufe der Jahre in der französischen Schweiz angesiedelt haben, französischsprachig geworden, wenn sie sich auch in der ersten oder zweiten Generation noch den Gebrauch ihrer ursprünglichen Muttersprache erhielten. Auf diese Weise wachsen die Kinder der welschen Bundesbeamten in Bern, die die deutschen Schulen besuchen müssen, in der deutschen Sprache auf, ohne meist allerdings ihre ursprüngliche Muttersprache, auf deren Pflege im Familienkreise dann großer Wert gelegt wird, zu verlieren.

Es ist klar, daß ein Abgehen von diesem Grundsatz der Territorialität von allergrößter Tragweite für das ganze künftige Verhältnis und Zusammenleben der verschiedenen Volksstämme in unserem Staate sein müßte. Wollte man zum Grundsatz der Personalität übergehen, wie es die Forderung des welschen Zentralkomitees der Bundesstadt zum ersten Mal tut, so würden zweifellos in kurzer Zeit auch an andern Stellen Sprachminderheiten mit gleichen Forderungen auftreten und wir bekämen rings im Lande eine Mischung der Sprachgebiete mit all ihren unerfreulichen Folgen. Darum gilt es den Anfängen zu wehren. Es ist auch nicht daran zu zweifeln, daß der Bundesrat dieser Forderung gegenüber taube Ohren zeigen wird. Möglicherweise werden die Initianten dann versuchen, auf dem Wege über den Kanton — der Kanton Bern ist ja zweisprachig — zu ihrem Ziel zu gelangen.

Zürich, den 21. September 1925.

Hans Dehler.

Die Bedeutung der Fristen vor Kriegsbeginn nach dem Versailler Völkerbundsvertrag.

Von den Freunden des Eintritts der Schweiz in den Völkerbund wird als ein ganz besonderer Vorteil des Paktes von Versailles dargestellt, daß Streitfragen, die zu einem Kriege führen können, entweder dem schiedsgerichtlichen Verfahren oder dem Räte des Völkerbundes unterbreitet werden sollen (Art. 12 des Vertrags). Der Rat hat seinen Schiedsspruch spätestens sechs Monate nach Vorlegung des Streitfalles zu erlassen; die Bundesstaaten dürfen dann in keinem Falle vor Ablauf einer Frist von drei Monaten nach dem Schiedsspruch oder dem Bericht des Rates zum Kriege schreiten.

Das hört sich sehr gut an; wie aber wird sich die Ausführung dieser Bestimmungen in Wirklichkeit gestalten?

Von vornherein ist festzustellen, daß nach dem Wortlaute des Vertrags kein Mitglied des Völkerbundes gehalten ist, den Schiedsspruch oder den Bericht des Rates des Völkerbundes anzunehmen. Er ist vollständig frei in seinem Entschlusse, ja, er ist nicht einmal gehalten, innerhalb einer bestimmten Frist zu erklären, ob er sich dem Spruche füge oder nicht. Es kann also ein Staat, der zum Kriege entschlossen ist, genau nach dem Völkerbundsvertrag handeln, seinen Streitfall einem Schiedsgericht oder dem Rat des Völkerbundes vorlegen, und nach deren Urteil die Verhandlungen hinziehen, ja, sogar glauben machen, er werde sich schweren Herzens fügen, ohne einen amtlichen Entschluß bekannt zu geben, um dann mit Ablauf der drei Monate überraschend loszuschlagen.

Wer die Weltgeschichte auch nur oberflächlich kennt, weiß auch, daß die Kriegursache nur selten mit dem Vorwande übereinstimmte, der dann den Krieg zum Ausbruch brachte. (1870 war es die Hohenzollern-Kandidatur in Spanien, die die „Rache für Sadowa“ ermöglichen sollte!) Gerade die Bestimmungen des Versailler Paktes, die zur Vermeidung von Kriegen beitragen sollen, öffnen einer geschickten, aber gewissenlosen Diplomatie Tür und Tor für ihre Ränke.

Solange nach einem Schiedsspruch oder einem Bericht des Rates des Völkerbundes nicht beide Staaten das Urteil bedingungslos angenommen haben, wird die Welt während drei Monaten im Ungewissen bleiben, ob es Krieg gibt. Beide Gegner werden und müssen rüsten, um sich vor Überraschungen zu schützen, und damit wird die Schonzeit zur Plage der Menschheit, durch die Ungewißheit über die nächste Zukunft. Handel und Wandel werden stocken, die Preise der notwendigen Gebrauchsgegenstände, namentlich der Lebensmittel, schnellen in die Höhe, denn jeder Staat wird nach den Erfahrungen des letzten Krieges suchen, sich so viel als möglich einzudecken. Die Spekulation hat wieder freie Bahn und viele der leitenden Persönlichkeiten werden sich bereichern, denn ihnen ist es möglich, durch kriegerische oder friedliche Reden die Kurse nach Belieben zum Sinken oder Steigen zu bringen. Unterdessen arbeiten die Kriegszeug-Fabriken Tag und Nacht; die Reserven werden eingezogen und bereits werden die Truppen an die Grenze geschoben.

Italien hat vor kurzem die Zahl seiner Armeekorps auf zehn vermindert und die Dienstzeit verkürzt. Das sieht nach Abrüstung aus, ist es aber nicht. Diese Neuordnung erlaubt Italien, in Zukunft viel mehr Rekruten auszubilden, als bisher; da jede Einheit im Jahre zweimal Rekruten erhält und die Einheiten nie unter einen gewissen Stand sinken dürfen, gestattet das neue Verfahren die Ausbildung von Kadres und Mannschaften für zwanzig Armeekorps gegenüber den zwölf von 1914! Mit Leichtigkeit kann mit der Masse der ausgebildeten Soldaten der Bestand der Armee verfünf- und versechsfacht werden. Kriegsmaterial zur Ausrüstung ist genug vorhanden. Allerdings bedeutet das neue italienische System eine Annäherung an die Miliz; was dieser an Ausbildung und innerem Zusammenhang fehlt, kann in der Zeit nachgeholt werden, die von der Vorlage eines Streitfalles vor ein Schiedsgericht oder vor den Rat des Völkerbundes bis zum Ablauf der Frist von drei Monaten nach gefällttem Urteil verstreicht.

Außer zu Rüstungen werden die Monate bis zum Kriegsbeginn aber auch benutzt werden, um die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Was in solchen Zeiten an Lüge und Verleumdung geleistet wird, davon haben wir uns in den letzten Jahren ein Bild machen können.

1914 ist der Krieg plötzlich ausgebrochen; versuchen wir uns vorzustellen, wie sich die Verhältnisse in Europa gestaltet hätten, wenn die Fristen von sechs und drei Monaten eingehalten worden und die Kriegserklärungen erst im Februar 1915 erfolgt wären, so hätte vor allem die Entente den Vorteil gehabt: England wäre in der Lage gewesen, seine Rüstungen zu ergänzen und Rußland hätte seine ungeheuren Massen von Anfang an noch ganz anders zur Wirkung bringen können, als es ihm 1914 trotz seiner geheimen Mobilmachung möglich war.

So wird der als Schutz des Friedens frisierte Artikel 12 des Versailler Paktess vor allem für den von Vorteil sein, der zum Kriege entschlossen ist und die gegebenen Fristen klug und verschlagen auszunutzen versteht, während der den Kürzeren zieht, der wünscht, den Frieden zu erhalten. E.

Zur politischen Lage.

Ein Mann. — Die Anschlußfrage. — Völkverbundsarbeit. — Ausblick.

In rascher Folge verschwinden gegenwärtig ohne allzu viel Aufsehen die Männer, die in den letzten Jahren die Schicksale ihrer Länder in der Hand gehabt haben, aus der Welt. Auch der Führer der Österreicher in den ersten Kriegsjahren, Feldmarschall Conrad von Hötzendorf, ist vor wenigen Wochen gestorben. Er war eine der wenigen Persönlichkeiten in den leitenden Kreisen seines Staates und daher natürlich immer von der Parteien Haß und Gunst umstritten. Das kam auch noch bei dem Tode des doch nun längst aus dem tätigen Leben Verschwundenen scharf zum Ausdruck. Die Nachrufe lauteten recht verschieden. Man braucht da nicht gerade so weit zu gehen wie ein linksfreisinniges Blatt der Zentralschweiz, das an den Nachruf der Depeschenagentur nur folgendes überwältigendes Erzeugnis des eigenen Geistes beizufügen wußte: Auf jeden Fall war er eine richtige Kriegsgurgel alten Kalibers! Er hatte auch sonst aufrichtige Feinde und Haßer genug, die ihm seine Lebensarbeit trotz ihres Mißlingens nicht vergessen konnten.

Baron Conrad, so lautete sein eigentlicher Name, unter dem ihn die österreichische Armee kannte, erschien im Jahre 1906 ganz unerwartet auf dem wichtigsten Posten der österreichisch-ungarischen Armee, an der Spitze des Generalstabes. Er war eine Entdeckung des später in Serajewo ermordeten Thronfolgers und Generalinspektors der Armee Franz Ferdinand. Als junger Offizier hatte er den Krieg in Bosnien und der Herzegowina in den Jahren 1878 und 1882 kennen gelernt. Seit dieser Zeit besaß er einen genauen Einblick in die schwierigen Verhältnisse an der serbischen Grenze. Als Brigadier im Küstenland (Triest) und als Divisionär in Südtirol hatte er später ausgiebige Gelegenheit, die Lage an der italienischen Grenze von Grund auf kennen zu lernen. Von Bozen kam er dann nach Wien als Chef des Generalstabes. Diese Laufbahn hatte bei dem Offizier das richtige Verständnis für die politischen Gefahren der Zeit für den alten Kaiserstaat geschaffen, denen er nun an maßgebender Stelle mit aller Kraft entgegenzuarbeiten begann.

Conrad hatte die vollendete Überzeugung, daß an der Balkangrenze die Serben, an der Alpengrenze die Italiener eifrig an der Unterhöhlung der Monarchie arbeiteten, daß beide im Innern des Staates schon Bundesgenossen besaßen. Er hielt es für vollständig sicher, daß an beiden Fronten nur der günstige Zeitpunkt abgewartet werde, um über sein Land herzufallen. Er war daher völlig durchdrungen von der Notwendigkeit eines sogenannten Präventivkrieges gegen Serbien wie gegen Italien. Das heißt, er wollte mit diesen beiden Staaten abrechnen, bevor sie bereit und vor allem bevor Rußland bereit und im Stande war, sie zu unterstützen. Einen Krieg zugleich gegen Rußland und Italien hielt er für so bedrohlich, daß er unbedingt vermieden werden müsse! Er drängte deshalb unaufhörlich die Diplomatie, zuerst während der bosnischen Krise zum Kriege gegen Serbien, später während des Tripolisfeldzuges zum Eingreifen gegen Italien. Er ist bekanntlich mit seiner Ansicht nicht durchgedrungen. Kurz vor dem Weltkriege sah er deshalb die Lage für äußerst bedrohlich und wahrscheinlich unheilbar verpfuscht an. Man wird heute nach all den Enthüllungen aus den Archiven kaum mehr behaupten wollen, daß er nicht vom österreichischen Standpunkte aus unbedingt Recht hatte.

Konnte Baron Conrad so mit seiner Grundanschauung nicht durchdringen, so suchte er doch wenigstens sein Land so gut wie nur möglich gegen die vor-
ausgesehenen Gefahren zu wappnen. Er war rastlos bemüht, die Armee aus-

zugestalten. Dabei hatte er aber bei den verwickelten und von Grund aus zerfahrenen Verhältnissen der Doppelmonarchie auch keinen entscheidenden Erfolg. Er konnte wohl manche Verbesserungen durchführen. Die entscheidenden Schritte, die volle Ausnützung des zur Verfügung stehenden Menschenmaterials und die entsprechende materielle Ausrüstung besonders mit Artillerie, vermochte er auch hier nicht zu erreichen. Was geschah, erfolgte auch größtenteils zu spät, um noch vor 1914 wirksam zu werden. Mit offenen Augen mußte so der Chef des Generalstabes das Unglück herankommen sehen, ohne irgendwie abhelfen zu können.

Die Erlebnisse jener Jahre, seine Gedanken und Erwägungen, Hoffnungen und Befürchtungen hat Conrad von Hötzendorf noch selbst in den ersten drei Bänden seiner Erinnerungen geschildert. Diese Bände, versehen mit zahlreichen Anlagen, mit Nachweisen zu jedem Gegenstand, sind etwas vom interessantesten, das über die Jahre unmittelbar vor Kriegsausbruch bisher von einer an maßgebender Stelle beteiligten Persönlichkeit veröffentlicht worden ist. Ruhig und sachlich gehalten, vermögen sie wirklich einen Einblick in die treibenden Kräfte der Vorkriegszeit zu geben. Sie sind auf jeden Fall lesenswert.

Es kam nun der Krieg. Baron Conrad zog an der Spitze des von ihm seit acht Jahren geleiteten Heeres ins Feld. Er fand nun Gelegenheit, zu zeigen, was er als Heerführer wert war. Er hat sicher diese Probe nicht schlecht bestanden. Man wird ihn zwar kaum einmal unter die ganz großen Feldherren zählen, unter die bedeutendsten Führer des Weltkrieges aber auf jeden Fall. Unter den Wechselfällen des Krieges haben die Österreicher im Weltkrieg besonders zu leiden gehabt. Conrad von Hötzendorf hat sich dabei als aufrechter Mann gezeigt wie immer. Er hat auch dem Bundesgenossen trotz mancher Reibereien im Einzelnen die Treue gehalten. Die Deutschen werden ihm wohl das nicht vergessen.

Der Ausgang der Tätigkeit wie des Lebens des Feldmarschalls war tragisch. Unter dem neuen, unerfahrenen Kaiser Karl war für diese aufrechte Persönlichkeit kein Platz mehr. Er erhielt zuerst noch das Kommando an der Nebenfront in Tirol. Dort mußte er tatenlos bei den entscheidenden Vorgängen im Winter 1917 (Karfreit!) zuschauen. Nachher verschwand er ganz aus dem Heere. Er mußte aber den restlosen Untergang von Staat und Heer, denen er alle seine Kräfte gewidmet hatte, mitansehen. Würdig hat er dieses Schicksal getragen. Mit ihm ist wohl die beste Erscheinung des alten Österreich-Ungarn verschwunden!



Ist bei dieser Gelegenheit nachträglich noch einmal das alte Österreich in Erinnerung gerufen worden, so sorgt das neue Österreich von selbst schon dafür, daß es nicht vergessen wird. Von seinen Nöten ist fast die ganze Zeit die Rede. Wohl sind nun die Finanzen einigermaßen in Ordnung gebracht, die Wirtschaftsnot jedoch will nicht weichen. Von allen Seiten werden deshalb Gutachten eingeholt, wie dem wohl abzuhelpen wäre. Aber auch die Kommission des Völkerbundes hat nichts weiter sagen können, als daß das Heilmittel von Außen kommen müsse. Die Erleichterung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den andern Nachfolgestaaten, d. h. der Wegfall der Zollschranken, könnte die Rettung bringen. Die Schaffung eines größeren Wirtschaftskörpers auf diesem Wege ist aber sehr schwierig, wenn nicht ganz aussichtslos. Da kommt denn ganz von selbst immer wieder der andere Weg, der Anschluß an das deutsche Wirtschaftsgebiet, in den Vordergrund. So verschwindet die Anschlußfrage nie aus dem Kreis der politischen Erörterungen.

Gerade jetzt ist wieder besonders viel davon die Rede. In Deutschland machen sich die Linksparteien daraus ein besonderes Stiefkind. Sozialdemokraten und Demokraten überbieten sich in Anschlußfreudigkeit. Der sozialdemokratische Reichspräsident Lohse hat in Wien darüber gesprochen. Der demokratische Präsidentschaftskandidat und badische Staatspräsident Hellpach hat gar in Zürich dafür eine Lanze eingelegt. In Paris und Rom ist man

darüber gar nicht sehr erbaut. Herr Löbe hat das selbst bei seinem Besuch in Frankreich erfahren müssen. Und Mussolini hat nun schon wiederholt erklärt, daß Italien den Anschluß nie dulden werde. Neustens heißt es sogar, daß er das an der bevorstehenden Zusammenkunft der Außenminister der Mächte noch besonders betonen werde.

Trotz alledem wird die Anschlußfrage nicht aus Abschied und Traktanden verschwinden. Die wirtschaftliche Not wird in erster Linie dafür sorgen. Wie ratlos man in dieser Beziehung ist, hat soeben der Ausgang der Verhandlungen in Genf gezeigt. Die Österreicher waren dahin gekommen, um erstens einmal den Abbau der Völkerbunds kontrolle und damit eine gewisse Bewegungsfreiheit zu erhalten. Sie wollten aber weiter auch irgend eine Hilfe für ihre wirtschaftlichen Nöte erhalten, z. B. ein Entgegenkommen der Nachbarstaaten in den Zollfragen. Den Abbau der Kontrolle haben sie erreicht, freilich nicht sofort, aber doch in absehbarer Zeit. Sonst aber müssen sie mit leeren Händen zurückkehren. Sie werden zu Hause keinen guten Empfang haben. Auch in Genf ist man sich über die fatale Lage durchaus klar, aber man sagt dies beileibe nicht. Nur aus den sauer süßen Berichten der Presse klingt die wahre Stimmung hie und da deutlich hindurch! Dieses Ergebnis bedeutet für den Fortgang der Anschlußbewegung eine namhafte Förderung.

Der Widerstand gegen die Vereinigung Österreichs mit Deutschland ist sicher am ernstesten in Italien, in der Tschechoslowakei und in Südslawien. Bei allen drei Staaten sind die Gründe dieselben. Alle haben in den Grenzgebieten starke deutsche Minderheiten, die sie gerade jetzt mit allen Mitteln zu entnationalisieren, zu vernichten trachten. Sie nehmen wohl mit Recht an, daß dieses Vorhaben durch die Nachbarschaft des deutschen Reiches sehr erschwert würde. Sie glauben auch wohl alle, daß ihr Besitz an deutschem Sprachgebiet, den sie mit reiner Gewalt an sich gebracht haben, dadurch früher oder später in Frage gestellt würde. Deshalb ist von allen drei Staaten dauernd der schärfste Widerstand gegen den Anschluß zu erwarten.

Schon etwas anders liegt die Sache bei Frankreich. In sein ganzes politisches System der Nachkriegszeit hinein gehört ein selbständiges Österreich als ein Schlußstein in der Kette, die im Osten um Deutschland gelegt worden ist und die den früheren russischen Bundesgenossen ersetzen soll. Immerhin könnte eine Veränderung der politischen Lage Frankreich zu einer andern Auffassung veranlassen, vor allem wohl namhafte Konzessionen Deutschlands an andern Stellen. Solche Gedanken sind gerade in der letzten Zeit von Paris und von eng mit Paris verbundenen Kreisen wiederholt geäußert worden. Man spricht da von Gegenleistungen am Rhein oder in Ostpreußen. Der gegenwärtig in Genf befindliche Außenpolitiker der „Gazette de Lausanne“, der sicher über die Stimmungen in Paris gut Bescheid weiß, berichtet denn auch ganz ähnlich, daß über das zukünftige Schicksal Österreichs nur im Rahmen einer allgemeinen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich entschieden werden könne. Das alles heißt doch nichts anderes als: Heute wollen wir nicht, wir können aber auch anders, wenn es uns paßt. In England vollends ist man jedenfalls für den Anschluß schon zu haben, wenn es für England etwas einträgt. Eine solche Lösung, gleichsam ein Tauschgeschäft, ist aber wohl vom deutschen Standpunkte aus durchaus unerwünscht, ja vollkommen undenkbar.

Auch in der Schweiz beschäftigt man sich viel mit der Anschlußfrage. Gewöhnlich wird sie als in unserem Interesse durchaus unerwünscht bezeichnet. Die „N. Z. Z.“ hat ja ihren Präsidentschaftskandidaten Hellpach für seine Anschlußrede in Zürich nach Noten abgefeuert. Ähnlich ist die Stellung der meisten andern großen Blätter. Es ist ganz klar, daß dabei der Gedanke leitet, daß es für unser Land besser sei, im Osten einen kleinen Nachbarn zu haben, als das große Deutsche Reich auch auf diesem Grenzstück vorzufinden. Diese Überlegung ist aber wohl ein Trugschluß, da wir heute im Osten einfach sozusagen einen luftleeren Raum haben, der im Falle der Gefahr doch von irgend einem der großen Nachbarn eingenommen werden wird. Und eine

etwaige italienische Nachbarschaft wäre doch in jeder Beziehung noch viel unerwünschter. Im übrigen haben wir keine besondere Veranlassung, unsere Finger besonders in eine solche Einigungsbewegung eines großen Nachbarvolkes hineinzumischen. Derartige Strömungen lassen sich nach allen Erfahrungen des letzten Jahrhunderts doch nicht aufhalten. Diese Anstrengungen müßten also nutzlos sein und uns nur Anfeindungen eintragen.

* * *

Die Behandlung der Begehren Österreichs war nur eines der weniger wichtigen Geschäfte der diesjährigen Völkerbundsversammlung. Die Erledigung der Angelegenheit bleibt aber trotzdem bezeichnend für die ganze Arbeitsweise des Völkerbundes. Wo Interessen irgend einer Großmacht oder eines Gliedes des Machtsystems einer solchen in Frage kommen, da wird er immer überaus vorsichtig. Ist die Gegenpartei ein Kleinstaat oder ein Angehöriger der unterlegenen Gruppe, so ist die Entscheidung freilich einfach. Sie fällt immer mehr oder weniger, aber eher mehr als weniger zu Gunsten des Mächtigeren aus. Ein typisches Beispiel bildet die österreichische Sache, ein noch viel beweiskräftigeres die Entscheidung im Danziger Postkastentreit.

Hinter dieser äußerlich fast humoristisch anmutenden Angelegenheit verbirgt sich ja ein sehr ernsthafter Kampfgegenstand. Polen versucht mit allen Mitteln den ihm höchst unbequemen Freistaat Danzig zu unterhöhlen, ihn langsam, aber sicher lebensunfähig zu machen. Diesmal soll ihm der Postdienst mit Polen durch die Errichtung eines eigenen polnischen Dienstes entzogen werden. Die Handhabe dazu bot eine Vertragsbestimmung, die Polen erlaubt, im Hafengebiet einen solchen Dienst einzurichten. Polen erklärte nun einfach das ganze Stadtgebiet als Hafengebiet. Gegen diese verblüffend einfache Lösung erhob Danzig Einspruch. Die Sache kam vor den Völkerbund. Dieser setzte eine Expertenkommission ein, die ihren Bericht nicht begründen durfte! Zum Schein wurde in Genf noch etwas beraten. Dann erging der Spruch, der den Polen fast völlig Recht gibt. So trägt der Völkerbund bereitwillig dazu bei, sein eigenes Geschöpf langsam lebensunfähig zu machen. Und diese Entscheidung wurde gerade in einem Augenblick gefällt, wo man Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund bringen will. Das hilft aber alles nichts! Es stehen eben polnische Interessen auf dem Spiel, da kann nicht anders entschieden werden. Das mißliche dieser Art Entscheidungen ist auch den überzeugtesten Verfechtern des Völkerbundes klar. Herr Dr. Deri weiß in den „Basler Nachrichten“ denn auch nichts anderes zu sagen, als daß Deutschland als Ratsmitglied solche Dinge in Zukunft verhindern könne. In Zukunft...

Verzweifelt wird allerdings die Lage, wenn nicht der eine Teil ein macht- und daher im Völkerbund auch rechtloser Staat ist. Vor einer solchen unwillkommenen Aufgabe sah sich der Völkerbund in der Mossulfrage. Auf der einen Seite steht da England, und das sagt genug. Auf der andern Seite aber befindet sich die Türkei, der es zuzutrauen ist, daß sie die Dinge höchst unangenehmer Weise beim richtigen Namen nennt und sich vielleicht um die Entscheidung der illustren Genfer Versammlung überhaupt nichts kümmert. Deshalb Kommissionen hinter verschlossenen Türen, nochmals Kommissionen und schließlich eine Überweisung an den Haager Gerichtshof. Das ist die beliebte Verschleppungstaktik. Man hofft immer auf die Zeit, die schon irgend einen Ausweg zeigen würde. Schließlich kann man Gift darauf nehmen, daß England Recht behalten wird. Anders kann der Völkerbund gar nicht entscheiden. Aber was wird dann aus seinem Spruch?

Und von dieser Einrichtung erhofft man steif und fest das Heil der Welt! Nein, zur wirklichen dauernden Befriedigung muß ernsthaftere und solidere Arbeit geleistet werden. Ob das der Völkerbund je wird tun können, das steht durchaus noch nicht fest.

* * *

Zeigt sich so wirklich von Genf aus nicht viel Licht, so erscheint dafür ein neuer Hoffnungsschimmer in den unmittelbaren Verhandlungen der europäischen Großmächte. Für die nächste Zeit ist nun schon die Konferenz der Außenminister angesagt. Zum ersten Male seit 1918 wird Deutschland wieder auf gleichem Fuße verhandeln können. Was wird dabei herauskommen? Darüber sind die Meinungen sehr geteilt. Mit einer neuen bloßen Bestätigung und feierlichen Bekräftigung des 1919 geschaffenen Zustandes wird nichts, aber auch gar nichts gewonnen sein. Das muß einmal klipp und klar gesagt werden. Nicht dadurch wird wirkliche Friedensarbeit geleistet, daß man für den Augenblick den Frieden sichert. Eine dauernde Befriedigung kann nur durch eine Abstellung der schlimmsten Mängel im heutigen Europa erreicht werden. Durch die Beseitigung der schlimmsten Irrtümer in der Grenzziehung der Pariser Friedensverträge. Durch die Schaffung eines wirklichen Schutzes der völkischen und religiösen Minderheiten, der diesen die Lebensfreiheit und den Lebensraum gewährt. Durch die Aufhebung der politischen und wirtschaftlichen Zwangsbestimmungen für einzelne Staaten. Durch die Ermöglichung wirtschaftlicher Entfaltung der überbevölkerten Staaten. Ansätze zu einer solchen Entwicklung sind ja viele vorhanden. Sie müssen entwickelt werden. Durch die „Friedensarbeit“ nach der Art unserer heutigen Pazifisten, die vor jedem ernsthaften Problem den Kopf in den Sand stecken, durch die „Friedensarbeit“ des Völkerbundes, durch die Schaffung immer neuer papierener Sicherungen kommt man um keinen Schritt weiter. Je länger aber die Entwirrung der europäischen Verhältnisse auf sich warten läßt, um so schwieriger wird sie werden.

Wird nun durch die Verhandlungen um den Sicherheitspakt ein wirklicher Schritt vorwärts geschehen? Das ist heute noch nicht zu sagen. Wir wissen nur, daß durch all die Ereignisse der letzten Zeit (Marokko, Syrien, Schuldenverhandlungen mit den Vereinigten Staaten, Polnischer Wirtschaftskrieg u. s. w.) immerhin auch im französischen Lager einige Unsicherheit und eine gewisse Geneigtheit zu Verhandlungen hervorgerufen worden ist. Darauf hin deutet auch das tschechische Verhandlungsangebot in Berlin. Vor großen Erwartungen wird man sich aber hüten müssen. Immerhin werden die nächsten Wochen verschiedene Entscheidungen bringen. Vor allem für Deutschland steht bei diesem ersten Schritt auf offener Bahn manches auf dem Spiel, es kann manche Zukunftsmöglichkeit heute unwiederbringlich verscherzen.

A r a u, den 22. September 1925.

H e k t o r A m m a n n.

Kultur- und Zeitfragen

Am Amboss. Auch eine Erinnerung an G. F. Meyer.

Harry Mahncs neues Meyer-Buch behauptet, der Dichter sei von mütterlicher Seite her Welschschweizer gewesen. Dr. E. Korrodi stellt diese zu weitgehende Meinung richtig, fährt dann aber fort: „Gehören nun nicht bald in den Feierkasten jene tausendmal zitierten Äußerungen Kellers und Meyers über die Zugehörigkeit des schweizerischen Schrifttums zur deutschen Literatur?“

So rhetorisch die Frage ist, verdient sie doch eine Antwort. Wohl sind jene Bemerkungen Meyers und Kellers den Literaten bekannt, nicht aber den Lesern. Wenn man überdies gewahrt, wie gern jedes Bekenntnis eines Schweizerdichters zur französischen oder italienischen Literatur gebucht und ausgeschlachtet wird, ja, daß nur ein solches Bekenntnis die Beliebtheit mehr als eines unserer Großen bedingt hat, so dürfen wohl auch Meyer und Keller in der Treue zu ihrem Volkstum 1001 mal gelobt werden. Wir